

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riesner Verlag, Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Hauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptamts Netzen.

Postamt: Dresden 1530, Postfach Nr. 12.

Nr. 57.

Mittwoch, 9. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbereit und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erteilt, wenn der Betrag ver付t, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Der Wäcker an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Poststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Leipzig.

Die Ueberspannung der Wehrkraft.

(Wartler Brief.)

Die neueste französische Wehrreform ist die ungeheure Anstrengung, die jemals ein Land gemacht hat, um den Grundgedanken des "Vollständigen" bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen. Kein französischer Wehrwissenschaftler, welcher die Wehrkraft des Landes zu beurteilen hat, entgeht nicht der Verpflichtung, mit allen seinen Kräften für den Wehrdienst heranzuziehen zu werden. Gerade unter diesen Umständen ist es interessant, einmal einen Blick auf die Verhältnisse der französischen Marine zu werfen und daraus die Ueberzeugung zu gewinnen, daß Frankreich bereits heute unter einer Ueberspannung der Anforderungen leidet, die an die Wehrkraft gestellt werden können. Es fehlt nämlich der französischen Marine nicht an Schiffen, aber an Menschen, um sie zu besetzen und zu kommandieren. In dieser Hinsicht werden interessante Befunde bekannt, die uns zeigen, daß der Staatswille Grenzen am Willen und an der Fähigkeit der Individuen findet, die er auch durch gesetzliche Bestimmungen, wozu sie vom Parlament noch so feierlich beschlossen und im Gesetzblatt noch so schön gedruckt sind, nicht überwinden kann. Da jetzt sich in der Ferne die Klippe, an der auch der neue Extremismus der Herren Paul Boncour und Wainlevé scheitern wird.

Die französische Marine braucht 1900 Offiziere. Nach Vollendung verschiedener Neubauten wird sie um 1929 herum sogar 2200 brauchen. Es ist ihr aber zur Zeit trotz der größten Anstrengungen nicht möglich, 1750 Stellen zu besetzen. Das Manko beträgt heute 150 Offiziere und wird in zwei Jahren das dreifache betragen. Denn die Zahl der Meldungen und der Zulassungen zur Ecole Navale, aus der die Offiziere hervorgehen, nimmt ständig ab — trotz großer Nachhilfe der Zulassungsschritte — und im Jahre 1925 zählte man nicht viel junge Leute in Frankreich finden, die zur Schiffsbaukarriere hatten, und auch von denen gab es noch nachträglich Abfall. Der Sinn der Wehrkraft hat sich eben von dieser Laufbahn, die früher romantisch und lobend erschien, abgewandt. Uebrigens ist die Zahl der französischen Marineoffiziere im Verhältnis zu der der Amerikaner sehr schlecht und die Aufzucht, die infolge des schlechten Frankreichs jetzt gemindert wird, gleicht dem Unterschied nicht aus. Daß der Beruf seinen Reiz verloren hat, steht man am besten daraus, daß die neuen Offiziere nicht mehr wie früher zu einem großen Prozentsatz aus Marineoffiziersfamilien hervorgehen. Man sagt sogar, daß Väter ihre Söhne vor dieser Laufbahn warnen und sie lieber in andere Berufe leiten.

Technisch wie mit den Offizieren geht es mit den Mannschaften. Von 55 000 Mann, die nötig sind, kann man nur etwa 50 000 aufstellen. Der Zugang aus der Rekrutenbevölkerung ist in ständiger Abnahme begriffen. Damit erlöschen aber auch mehr und mehr die Kapitulanten, vermöge deren stets ein Stamm von Berufsmatrosen vorhanden war. Alle Mittel, die man anwendet — Zulagen, Auszahlungen, Anreizleistungen — helfen nicht mehr. Die Marine ist genötigt, sich Mannschaften vom Landbecker überweisen zu lassen. Im letzten Jahr betrug die Zahl dieser Zwangsrekruten 15 000, von denen natürlich keiner kapituliert. Diese Leute, die nur 18 Monate dienen und deren Dienstzeit noch herabgesetzt wird, liefern der Marine nur ein sehr relativ taugliches Material. Entsprechende Manos zeigen sich auch beim technischen Personal, bei den Ingenieuren und Bergleuten. Die Ingenieure geben namentlich lieber zur Privatindustrie als zur Marine. Es zeigt sich hier recht deutlich, daß der Mensch das Goldbarste aller Güter für den Staat ist, daß aber dieses Gut vom Staat nicht nach Willkür benutzt werden kann und daß im letzten Sinne der Staat nicht ungehindert über das Individuum verfügen kann, selbst wenn er durch das Gesetz sich die Wehrkraft bellegen läßt, daß er darf. Nichts führt so schnell zur Kenntnis der Staatsmacht, als die Ueberspannung der Staatsmacht. Das wird Frankreich wahrscheinlich in seiner Wehrreformgebung sehr bald zu fühlen bekommen.

Frankreichs wirtschaftliche Mobilisierungspläne.

Im Zusammenhang mit dem Reformgesetz über die französische Landesverteidigung sind die Absichten Frankreichs, die nichts geringeres als die Mobilisierung der Wirtschaft des Landes im Falle eines Krieges bezwecken, von dem allergrößten Interesse. Frankreich sieht den Frieden auch in wirtschaftlicher Beziehung als einen "potenziellen Krieg" an. Vor dem Kriege vermochte sich die chemische Industrie Frankreichs nicht auszubreiten. Besonders auf dem Gebiet der Farbstoffe blieb sie den chemischen Industrien anderer Länder bei weitem unterlegen. Zwar verlor die französische Regierung während und nach dem Kriege die chemische Industrie weiter auszubauen, doch blieben diese Anstrengungen, weil die natürlichen Voraussetzungen fehlten, ohne sichtbaren Erfolg. Trotzdem wurde die Industrie aus Deutschland auf die Reparationsmengen beschränkt. Das Prinzip des neuen französischen Zolltarifs ist nun auf die Förderung einer Selbstversorgung auf allen lebensnotwendigen Gebieten aufgebaut. Man will die Ueberbesetzungen gemäßigter zu Herbeiführung ausbauen, auf die das Mutterland in künftigen Zeiten zurückgreifen kann. So laufen alle Absichten der französischen Regierung auf das einzige Ziel aus: Den Handelsverkehr Frankreichs mit seinen Kolonien und Mandatsländern im Verein mit den militärischen Notwendigkeiten des Landes grundlegend auf eine neue und gemeinsame Basis zu stellen.

Parlamentarierbesuch auf der Leipziger Messe.

Der Messe-Dienstag.

Hd. Leipzig. Der Messe-Dienstag war der Tag der Parlamentarier. 70 Abgeordnete des Deutschen Reichstages und des sächsischen Landtages waren zur Besichtigung der Leipziger Messe gekommen. Sie wurden von Geheimrat Dr. Rosenthal begrüßt, der namentlich auf die große Bedeutung der Wehrarbeit des Leipziger Messeamtes für den Export der deutschen Industrieerzeugnisse hinwies, eine Propaganda, wie sie so umfassend und eindringlich von einer einzelnen Firma, die ganz großen deutschen Konzerne ausgenommen, niemals geleistet werden könnte. Namens der Gäste erwiderte der Vizepräsident des Reichstages, Geheimrat Nieber, die Gäste seien mit großen Erwartungen nach Leipzig gekommen, sie seien aber auch überzeugt, daß diese Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern sogar überflügelt werden würden. Der Redner schloß mit dem Dichterwort: "Wir heißen Euch heißen", ein Wort, das auch für die Entwicklung der deutschen Weltmesse in Leipzig gelte, denn man sei überzeugt, daß unter der tätigen Mitwirkung solcher Männer, wie sie an der Spitze des Leipziger Messeamtes ständen, Deutschlands Industrie und Deutschlands Handel vorwärts gebracht würden trotz allem.

Nach einem Rundgang durch die Technische Messe wurde der See in Halle 9 eingenommen. Dabei hielt Fabrikbesitzer Schoening, der Vorsitzende des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken und des großen Ausschusses der Leipziger Technischen Messe (Naboma-Berlin-Vorkawabe) eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Wer die Leipziger Messe noch nicht gesehen habe, mache sich von ihr wenigstens eine falsche Vorstellung, denn er denke, sie sei ein bloßes Jahrmärkte. In der Tat aber sei die Leipziger Messe ein Verkaufsmarktplatz, wie es die Welt an keiner anderen Stelle kenne. Es gebe in Deutschland ganze Industriezweige, die lediglich von den Wehrarbeiten leben, die sie auf der Messe zum Absatz bringen. Es dürfe nicht geglaubt werden, daß die große Halle der deutschen Industrie aus dem übrigen Geld erbaut worden sei, das die Industrie sich auf der Messe verdient habe; im Gegenteil, die deutsche Industrie betraute nicht die direkten Verkäufe als ausfallgebend für die Beurteilung eines Wehrerfolges; sie treibe vielmehr in Leipzig eine Politik auf weite Sicht. So sei es gekommen, daß immer mehr Industriegruppen sich an die Technische Messe in Leipzig angeschlossen hätten und schon über die letzte Messe hätten englische Fachzeitschriften berichtet, daß sie einen geradezu gewaltigen Eindruck mache, daß es etwas annähernd Gleiches nicht gebe. Die deutsche Industrie habe sich entschlossen, als Technische Messe in Deutschland nur die Leipziger Messe zu unterstützen und diesem Beschluß sei auch der Verein deutscher Ingenieure vor kurzem beigetreten. Für die Technische Messe sei eine Propaganda betrieben worden, zu deren Kostendeckung das Letzte herangezogen worden sei, was an Mitteln zur Verfügung gehalten habe. Es werde nicht nachgelassen werden, um das gesteckte Ziel zur Förderung des Exportes zu erreichen; man habe aber eine Bitte an die Gäste, und das sei die, die Aussteller, die so zielbewußt durchgehalten hätten, zu entlasten und an dem immer größeren Ausbau der Welt-

messe Leipzig mitzuhelfen, durch die der Export in den für großartigsten Messe gefördert werde.

Anschließend fanden sich die Parlamentarier in der Propagandaabteilung des Messeamtes im Alten Rathaus, wo der Direktor des Messeamtes, Dr. Köhler, ebenfalls auf die Bedeutung der Leipziger Weltmesse hinwies, wobei er durch reichliche Mitteilung zahlreicher Feststellungen bewies, daß er nicht oberflächliche Vorurteile in eigener Sache verkünden wolle. Er nannte dann die Propaganda, die im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft betrieben werde, die keine produktive Erwerbslosenfrage. Es dürfe aber nicht verschwiegen werden, daß die Gewährung eines Reichszuschusses für diese Propagandaarbeit notwendig sei und man hoffe in Leipzig, daß die Reichsregierung sich der Sucht der wirtschaftlichen Tatsachen und der einmütigen Stellungnahme der wirtschaftlichen Verbände auf die Dauer nicht entziehen werde. Er bitte den Reichstag, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Leipziger Messe und ihre Propagandaarbeit durch Gewährung eines Reichszuschusses anzuerkennen.

Der Abschluß des Parlamentarierbesuches bildete ein vom Messeamt in der "Harmonie" gegebenes Abendessen. Dabei sprach der sächsische Wirtschaftsmittler Dr. Wilhelm über die Bedeutung der Leipziger Messe für das deutsche Wirtschaftsleben. Sie sei der Faktor, der in großartigster Weise das herbeiziehende könne, was uns am meisten nottue, nämlich Beschäftigung, also Arbeit für die Millionen Erwerbslosen. In Anbetracht der wertvollen Tätigkeit, die von Seiten des Messeamtes zugunsten der deutschen Gesamtwirtschaft geleistet werde, nicht etwa im Interesse des Landes Sachsen oder der Stadt Leipzig, wäre es nicht mehr gerecht und billig, wenn auch das Reich das Seine tun würde, um diese fruchtbringende und notwendige Arbeit zu unterstützen und den dieser Arbeit wünschenswerten weiteren Ausbau zu erlauben.

Geheimrat Nieber ergriff hier nochmals das Wort, sagte kurz Dank für die Einladung und betonte, die Besichtigung habe in den Gästen die Ueberzeugung gefestigt, daß man es in der Leipziger Messe mit einer Einrichtung von höchstem wirtschaftlichem Wert und von internationaler Bedeutung zu tun habe. Auch er bemerkte nochmals ausdrücklich, daß jedermann sehen müsse: in Leipzig wird etwas geschaffen, was Deutschland braucht, nämlich Arbeit.

Der Geschäftsgang am Messe-Dienstag.

* Leipzig. Der Geschäftsgang am Messe-Dienstag fand im Zeichen des soliden Bedarfsbewusstseins bei den mit der Exportindustrie. Allenthalben erhielt man, daß zwar, zum Teil sogar flatter Umlauf sich gezeigt habe, insbesondere auch in Neuheiten. Auf der Nahrungs- und Genussmittelmesse wurden hauptsächlich Lebensmittel-Verpackungsmaschinen lebhaft gefragt und Neuanfertigungen mit England und Frankreich verzeichnet. Auf der Technischen Messe ist es insbesondere die Elektrotechnik und in ihr wieder die Radioindustrie, die zahlreiche direkte Verkäufe auch nach dem Auslande verbuchen konnte; auch Kraftfahrzeuge haben ein befriedigendes Geschäft erzielt.

Strafantrag im Jürgens-Prozess.

Berlin. (Funkpruch.) Im Jürgens-Prozess stellte der Oberstaatsanwalt nach fast dreiwöchiger Anklage folgende Anträge: Wegen Frau Jürgens wegen Meineides 5 Monate Gefängnis, wegen Betruges 4 Monate 2 Wochen Gefängnis, wegen Verführungsbetruges 8 Monate Gefängnis, zusammen insgesamt 1 Jahr Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten sind. Der Selbstmord ist anzunehmen. Wegen des Angeklagten Jürgens wegen Meineides 2 Jahre Zuchthaus, wegen Verführungsbetruges 16 Monate Gefängnis, wegen falscher Anschuldigung 3 Monate Gefängnis, wegen verurteilten Betruges gegenüber dem Oberstaatsanwalt 8 Monate Gefängnis, die einzelnen Strafen sollen in 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus zusammengezogen werden, von der 1 Jahr durch die Untersuchungshaft verbüßt sein soll. Ferner beantragte er bei Jürgens auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre und Eidesunfähigkeit zu erkennen.

Die Mietserböhung und der Reichstag.

* Berlin. Gestern fand im Reichstagsgebäude eine gemeinsame Sitzung des volkswirtschaftlichen und des Haushaltsausschusses des Reichstages statt, in der zu der Verordnung der Reichsregierung, die die Mietmiete am 1. April von 100 auf 110%, und am 1. Oktober um weitere 10%, zu erhöhen, Stellung genommen wurde. An den Verhandlungen, die vertraulich waren, nahmen auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und der preussische Wohlfahrtsminister Dietrich teil.

Das Plenum des Reichstages wird sich laut "B.Z." am Donnerstag mit der Verordnung der Reichsregierung beschäftigen.

Der Steuerausgleich des Reichstages.

Der sich heute mit der Uebergangsregelung des Finanzgesetzes beschäftigten wollte, verlegte sich auf Berlin, da sich die Regierungsparteien über das Provisorium noch nicht einig sind.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Reichslandbund und Reichsverband des deutschen Handwerks.

Berlin. (Funkpruch.) Zur Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Reichslandbund und dem Reichsverband des deutschen Handwerks haben die beiden Verbände nach einer Berliner Korrespondenz nachstehendes Abkommen getroffen:

In dem gemeinsamen Streben, das bodenkundliche Handwerk und die bodenkundliche Landwirtschaft gegenüber der internationalen Vertreibung und der kapitalistischen Mobilisierung der Wirtschaft zu verteidigen, vereinbaren hiermit der Reichslandbund e. V. und der Reichsverband des deutschen Handwerks, eine Arbeitsgemeinschaft auf bodenkundlichem Boden. Jede der beiden Organisationen behält ihre vollständige wirtschaftliche und staatspolitische Bewegungskraft. Die Art des gemeinsamen Vorgehens soll je nach den herrschenden Verhältnissen vereinbart werden.

Wiederzujammentritt des Reichstages.

* Berlin. Der Reichstag nahm nach achtägiger Pause heute Mittwoch nachmittags 3 Uhr seine Vollsitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht die Weiterberatung des Haushaltsplanes des Reichsarbeitsministeriums, die noch mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Beilehnung der Reichsbauten.

ddg. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat in seiner Sitzung vom 8. Februar dieses Jahres einen Antrag angenommen, wonach der Reichshaushaltsausschuß die Reichsregierung ermächtigt, die Bauarbeiten, für die der Reichshaushaltsausschuß die Reichsmittel bewilligt hat, sofort in Angriff zu nehmen. Das Reichsvereinsministerium hat daraufhin die nötigen Vorbereitungen getroffen, das sofort nach Verabschiedung des Haushalts 1927 durch den Reichshaushaltsausschuß den nachgeordneten Behörden Auftrag zum Beginn der bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen und der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für 1927 vorzulebenden Bauten erteilt werden kann.